



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

**„Bauen nicht gegen Region“ / Entscheidung
für Umgehungs-Variante muss jetzt fallen**
MdB Hagemann führt Gespräch zu
Niersteiner Umgehung mit Staatssekretär

Bonn/Nierstein, 18. Januar 2007

Nach jahrzehntelangen Debatten über die Linienführung einer künftigen B9/B420-Ortsumgehung um Nierstein, sollte jetzt bald die Entscheidung für eine Variante getroffen werden. Dazu müsse endlich ein klares Signal aus der Region kommen, welche Trasse mehrheitlich gewollt sei. Darin waren sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Achim Großmann, SPD-Bundestagsabgeordneter Klaus Hagemann, VG-Bürgermeister Klaus Penzer, SPD-Verbandsvorsitzender Marcus Held und der SPD-Fraktionsvorsitzende im VG-Rat, Reinhard Geertsen, bei einem gemeinsamen Gespräch im Bonner Ministerium einig.



Bild: Bei einem Gespräch im Bonner Bundesverkehrsministerium mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann (Bildmitte) diskutierten SPD-Verbandsvorsitzender Marcus Held, VG-Bürgermeister Klaus Penzer, MdB Klaus Hagemann und der SPD-Fraktionsvorsitzende im VG-Rat, Reinhard Geertsen (von links nach rechts) über die B9/B420-Ortsumgehung für Nierstein.

Nachdem die B9-Verlegung zwischen Guntersblum und Oppenheim im Zeitplan liegt und die Straßenbaumaßnahmen sichtbar von Süden her voranrücken, sei es jetzt an der Zeit, für die Umgehung Nierstein Nägel mit Köpfen zu machen, forderten die SPD-Politiker. Auf Wunsch Niersteins hat das Land Rheinland-Pfalz nochmals einige zusätzliche Ortsumgehungs-Varianten dem Bundesverkehrsministerium zur Prüfung und Nachbewertung zugeleitet, informierte Großmann. Der Bund unterstütze dabei ausdrücklich eine Umgehungslösung für B 9 und B 420 in Nierstein. Die Maßnahme sei im vordringlichen Bedarf des gegenwärtigen Bundesverkehrswegeplans enthalten. Beim Kostenrahmen räumte Großmann einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum ein, der Kosten-Nutzen-Wert spiele jedoch bei der Bewertung einer Variante eine entscheidende Rolle. „Wir bauen dabei aber nicht gegen die Region“, betonte der Staatssekretär. Sehr wichtig sei demzufolge ein breiter Konsens aller Beteiligten und Betroffenen vor Ort. Nachdem dann eine Vorzugsvariante vom Bund in Abstimmung mit dem Land festgelegt worden sei, könnte das Raumordnungsverfahren noch in diesem Frühjahr beginnen. „Da noch lange kein Baurecht für die Niersteiner Umgehung vorliegt, ist die Maßnahme jetzt auch nicht im aktuellen Finanzierungsplan des Bundes enthalten, der sich über die nächsten fünf Jahre erstreckt“, sagte Hagemann, der Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages ist. Sobald das verbindliche Baurecht feststehe, werde er sich dafür einsetzen, dass die Maßnahme im nächsten Finanzierungsplan aufgenommen wird.

Großmann wies darauf hin, dass der Bund sich für eine Niersteiner Umgehungslösung sehr engagiere. Man müsse aber berücksichtigen, dass bundesweit in den 299 Wahlkreisen jährlich eine Vielzahl an Straßen gebaut werde und der Bund deshalb nicht „in Unruhe“ ver falle, wenn man sich in Nierstein auf keine Trasse einigen sollte.

Marco Sussmann